

---

**P R O T O K O L L**  
**über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-**  
**burg am Dienstag, dem 09.09.2025, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des**  
**Kreishauses in Cloppenburg**

**Anwesend**

Vorsitzende

1. Kreistagsabgeordnete Christa Preuth-Stuke

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Carolin Abeln  
3. Kreistagsabgeordneter Tobias Bohmann Vertretung für Herrn Stefan Riesenbeck  
4. Kreistagsabgeordneter Rasmus Braun  
5. Kreistagsabgeordneter Hannes Coners Vertretung für Herrn Stephan Christ  
6. Kreistagsabgeordnete Ruth Fangmann  
7. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt Vertretung für Herrn Hermann Schröer  
8. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus  
9. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage  
10. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock  
11. Kreistagsabgeordneter Dirk Koopmann  
12. Kreistagsabgeordneter Dennis Löschen Vertretung für Herrn Henning Stoffers  
13. Kreistagsabgeordneter Josef Osterkamp  
14. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske  
15. Kreistagsabgeordnete Judith Vey-Höwener

Zugewählte beratende Mitglieder

16. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann  
17. Diakonisches Werk Martina Fisser  
18. Der Paritätische Dorothee Rensen  
19. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum

Verwaltung

20. Pressesprecher Frank Beumker  
21. Persönlicher Referent des Landrates Malte Blümel  
22. Gesundheitsregion Christoph Essing  
23. Leiterin Amt für Bildung, Integration und Demografie Dr. Stefanie Föbker  
24. Kreisverwaltungsoberrätin Carola Krenke  
25. Erster Kreisrat Ansgar Meyer  
26. Kreisamtsrat Colja Pregler  
27. Kreisrat Thomas Willen

Protokollführer/in

28. Kreisverwaltungsrätin Sandra Helmes



Es fehlte/n:

- |   |                              |
|---|------------------------------|
| 29. Verein der Integrationslotsen im<br>Landkreis Cloppenburg e. V. | Mina Amiry                   |
| 30. Kreistagsabgeordneter   | Sven Sager                   |
| 31. Deutsches Rotes Kreuz   | Johannes Wilhelm             |
| 32. Behindertenbeirat des Landkreises<br>Cloppenburg                | Renate Wingbermhühle-Rißmann |

**Tagesordnung:**

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls vom 20.05.2025
- 5 . Aktuelle Demografiedaten - Grundlage für den Aufbau einer integrierten Sozialplanung
- 6 . Gemeinsamer Antrag der Diakonie, des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) und des Vereins donum vitae auf Bezuschussung der Kosten für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisation für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG für Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen ab dem Jahr 2026 - 2028 V-SOZ/25/193
- 7 . Antrag der Fachstelle Sucht und Suchtprävention der Stiftung St. Vincenzhaus auf Förderung einer weiteren Vollzeitstelle im Bereich der Suchtprävention V-SOZ/25/194
- 8 . Antrag der SPD-Fraktion auf Förderung der Weiterbildung medizinischer Fachangestellter zu Physician Assistants V-SOZ/25/195
- 9 . Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses für den Fahrdienst für Menschen mit Behinderung zur sozialen Teilhabe V-SOZ/25/196
- 10 . Anträge des Diakonischen Werkes, der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Sozialwerkes St. Elisabeth sowie des Deutschen Roten Kreuzes auf Zuschüsse zur Schuldnerberatung für die Jahre 2026 - 2028 V-SOZ/25/197
- 11 . Antrag der GRÜNE-Kreistagsfraktion auf Entbürokratisierung der Lernförderung V-SOZ/25/198
- 12 . Anregungen und Beschwerden
- 13 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 14 . Mitteilungen



---

## 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

---

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Besucherinnen und Besucher und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

---

## 2. Feststellung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

---

## 3. Einwohnerfragestunde

---

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

---

## 4. Genehmigung des Protokolls vom 20.05.2025

---

Die Niederschrift über die Sitzung vom 20.05.2025 wurde – bei fünf Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

---

## 5. Aktuelle Demografiedaten - Grundlage für den Aufbau einer integrierten Sozialplanung

---

Frau Dr. Föbker, Leiterin des Amtes für Bildung, Integration und Demografie, stellte die aktuellen Demografiedaten als Grundlage für den Aufbau einer integrierten Sozialplanung vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Gemeinsam mit dem Sozialamt sei die Überlegung entstanden, so Dr. Föbker, perspektivisch eine integrierte Gesamtplanung für den Landkreis Cloppenburg aufzubauen. Ziel sei es dabei, soziale Problemlagen messbar zu machen und Handlungsbedarfe räumlich besser abbilden zu können. Zentrale Elemente seien zum einen Daten und zum anderen eine gute Vernetzung der Fachplanungen untereinander sowie mit Politik, Trägern und der Zivilgesellschaft.

Zu den Daten der Bevölkerungsentwicklung (Folie 3) fragte Kreistagsabgeordneter Bohmann, ob die durch die Meldeämter oder den Zensus gelieferten Einwohnerdaten höher seien. Dr. Föbker erklärte, dass die Daten der Meldeämter höher seien. Dort gebe es sogenannte „Karteileichen“, d.h. Personen, die im Melderegister eines Meldeamtes verzeichnet seien, aber dort nicht mehr lebten.

Kreistagsabgeordneter Braun fragte nach, ob für diese Personen Sozialleistungen erbracht würden? Kreisverwaltungsoberrätin Krenke erklärte, dass dies zumindest über einen länge-



ren Zeitraum nicht der Fall sei, da die Sozialämter vor Ort einen genauen Überblick über deren Sozialhilfeempfänger hätten.

Zu Folie 4 erklärte Dr. Föbker, dass das Bevölkerungswachstum im Wesentlichen auf den Wanderungsgewinn von Ausländerinnen und Ausländern zurück gehe. Damit sei auch eine Integrationsanforderung an den Landkreis verbunden. Derzeit gebe es einen (minimalen) Geburtenüberschuss, das mache den Landkreis Cloppenburg besonders.

Nach der Vorstellung der Daten erläuterte Dr. Föbker, dass man jetzt die nächsten Schritte zu einer integrierten Sozialplanung gehen wolle. Ziel sei es, die Datenbasis zu erweitern, verschiedene vorhandene Daten besser miteinander zu verbinden und gegenseitig verfügbar zu machen.

In den Ausschusssitzungen werde weiter berichtet, wenn es interessante Daten oder Fortschritte gebe.

Kreistagsabgeordneter Coners bedankte sich für den interessanten Vortrag.

**6. Gemeinsamer Antrag der Diakonie, des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) und des Vereins donum vitae auf Bezuschussung der Kosten für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisation für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG für Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen ab dem Jahr 2026 - 2028  
Vorlage: V-SOZ/25/193**

Beratendes Mitglied Fisser erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung teil.

Kreisamtsrat Pregler trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock fragte, welche Zahl an Personen, die Leistungen aus dem Verhütungsfonds erhalten hätten, richtig sei: In der Vorlage ständen 68 Personen, vorgetragen worden seien 44 Personen. Kreisamtsrat Pregler erklärte, dass 44 Personen richtig sei. In der Vorlage sei versehentlich eine alte Zahl genannt worden.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener erklärte, dass es gerade für sozialschwache Personen wichtig sei, diese nicht in Sachen Verhütung noch zusätzlich zu belasten. Die Beratungsstellen leisteten gute Arbeit. Diese werde konfessionsunabhängig sozial und verantwortungsvoll wahrgenommen und müsse unbedingt fortgeführt werden.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:  
Der Diakonie, dem SkF und dem Verein donum vitae wird für die Haushaltsjahre 2026 bis 2028 ein Betrag von jährlich bis zu 12.000 EUR (4.000,00 EUR pro Beratungsstelle) als Zuschuss für empfängnisverhütende Mittel als freiwillige Leistung des Landkreises Cloppenburg bereitgestellt.**



**7. Antrag der Fachstelle Sucht und Suchtprävention der Stiftung St. Vincenzhaus auf Förderung einer weiteren Vollzeitstelle im Bereich der Suchtprävention**  
**Vorlage: V-SOZ/25/194**

---

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Kreisamtsrat Pregler trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Bohmann legte dar, dass die SPD die Arbeit der Fachstelle für sehr wichtig halte. Im Antrag seien Daten bis 2021 aufgeführt. Es wäre wünschenswert, dass zum Kreisausschuss nach Möglichkeit aktuellere Daten zu Fällen und Veranstaltungen geliefert würden.

Kreistagsabgeordneter Löschen führte aus, dass eine Stellenbeschreibung über die Schwerpunkte und Aufgaben, die auf dieser Stelle wahrgenommen werden sollen, fehle. Hierzu ergänzte Kreistagsabgeordneter Bohmann, dass die Eingruppierung nach S 12 die Arbeit mit den betroffenen/suchtabhängigen Klienten beinhalte. Sei dies von der Wertigkeit her gleichzusetzen mit der neuen Stelle, die im Wesentlichen Vortragstätigkeit enthalte?

Hierzu erklärte Kreistagsabgeordneter Karnbrock, dass die Stelle tarifgebunden und die Eingruppierung nach S 12 tarifkonform sei.

Kreistagsabgeordneter Braun sagte, das der Anlass, der zur Beantragung dieser zusätzlichen Stelle führe, traurig sei. Die neue Gesetzgebung habe dazu geführt, dass viele Schüler Cannabis konsumieren würden. Dies führe zu Problemen, denen man präventiv begegnen müsse. Die CDU unterstütze daher den Antrag.

Erster Kreisrat Meyer erklärte, dass der Ansatz der neuen Stelle die Suchtprävention sei. Daher sei es nicht möglich, Fallzahlen zu liefern, da die Arbeit präventiv erfolge. Die Aufgaben, die durch die Cannabis-(Teil-) Legalisierung auf die Suchtberatungsstellen zukommen würden, habe Frau Höffmann, Leiterin der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention, in ihrem Vortrag im Sozialausschuss am 30.01.2025 vorgestellt und erläutert.

Kreistagsabgeordneter Coners betonte, dass die Grünen den hohen Stellenwert der präventiven Arbeit sehen und die Angebotserweiterung für wichtig erachten würden. Auch aus seiner persönlichen Erfahrung im Umgang mit Jugendlichen sehe er die Notwendigkeit.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass der Fachstelle Sucht und Suchtprävention der Stiftung St. Vincenzhaus zur Förderung einer weiteren Vollzeitstelle im Bereich der Suchtprävention für das Jahr 2026 ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von bis zu 87.445,50 EUR gewährt wird.**

---

**8. Antrag der SPD-Fraktion auf Förderung der Weiterbildung medizinischer Fachangestellter zu Physician Assistants**  
**Vorlage: V-SOZ/25/195**

---

Vorsitzende Preuth-Stuke erteilt Kreistagsabgeordneter Fangmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Fangmann führte aus, dass für sie nicht nachvollziehbar sei, warum der Antrag „auf das Abstellgleis“ gestellt werden solle. Es gebe ein Problem in der medizinischen Versorgung im Landkreis Cloppenburg. Das betreffe sowohl das fehlende Personal in den Kliniken als auch in den Praxen. Es sei nicht richtig, dass Entscheidungen verschleppt würden. Man müsse hier aktiv handeln, auch wenn das Studium zum Physician Assistant (PA) und die Abrechnung mit der Kassenärztlichen Vereinigung noch nicht bundeseinheitlich geregelt und anerkannt sei.

Die Kosten seien im Verhältnis zu Förderungen in anderen Bereichen angemessen. Es sei sehr wichtig, jetzt zu handeln. Die Unterstützung werde jetzt benötigt. Das vorgeschlagene Stipendienprogramm stärke den Landkreis Cloppenburg. Ansonsten könne hier eine medizinische Versorgung dauerhaft nicht sichergestellt werden.

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing erläuterte und verwies auf die ausführlichen Ausführungen in der Vorlage. Er erläuterte, dass es andere anerkannte Ausbildungsberufe/Studiengänge gebe, die den Ärzten einen Mehrwert bieten würden. Es müsse nicht zwingend der Beruf des PA sein, denn es gebe auch mit dem Primary Care Manager (PCM) ein alternatives anerkanntes Studienangebot.

Hierzu erklärt Kreistagsabgeordneter Coners, dass die Grünen den Antrag begrüßen würden. Die PA trügen zur Entlastung im Gesundheitsbereich bei. Dort herrschte Mangel und daraus resultierend lange Wartezeiten. In Barßel und Nachbarkreisen habe man bereits positive Erfahrungen mit dem Einsatz von PA gemacht. Die Differenzierung in den Tätigkeiten ermögliche eine höhere Effizienz und würden zu geringeren Wartezeiten für die Patienten führen. Der demografische Wandel führe dazu, dass immer mehr Ärzte erforderlich würden und die Gesundheitsversorgung sicherstellen müssten. Bei der vorgeschlagenen Förderung zur Weiterbildung medizinischer Fachangestellter zu PA gebe es kein Risiko, wenn niemand dieses Studium machen wolle. Er gehe aber davon aus, dass es Interessenten gebe.

Kreistagsabgeordneter Bohmann ergänzte, dass auch der Landkreis Emsland für das Studium zum PA eine Förderung anbiete. Es mache Sinn, dies einheitlich zu regeln, um den Wettbewerb zwischen den Landkreisen zu vermeiden. Dementsprechend sollte der Antrag wie von der SPD beantragt umgesetzt werden und nicht um ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden.

Kreistagsabgeordnete Abeln erkundigte sich, wie hoch die Kosten für das Studium seien. Sie sei der Meinung, dass man mit der Förderung nichts verliere, sondern vielmehr dem Berufsbild eine Chance gebe. Bezüglich der Förderung, die der Landkreis Emsland erbringe, sagte sie, dass dies nicht in Gänze vergleichbar sei mit der hier beantragten Förderung.

Zu der Anfrage erklärte Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing, dass die Kosten für das Studium in Papenburg sich auf monatlich 500 EUR belaufen würden. Pro Durchgang würden ca. 30 Studierende teilnehmen, so dass jetzt ca. 60 PAs auf dem Arbeitsmarkt seien. Diese seien aber noch nicht alle in der Versorgung angekommen. Es gebe im Emsland noch einen Standort in Lingen, wo ein vergleichbares Studium (Multiprofessionelle Gesundheits- und Sozialversorgung (B.Sc.)) angeboten werde. Hier würden geringere Kosten anfallen.



Bei der Förderung, die der Landkreis Emsland erbringe, handele es sich nur um ein Modellprojekt für fünf PA-Studierende, kein Stipendienprogramm mit einer Regelmäßigkeit.

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske betonte, dass die Expertise von Kreistagsabgeordneter Fangmann in dem medizinischen Bereich sehr geschätzt werde. Er könne sich vorstellen, dass PAs künftig einen größeren Stellenwert einnehmen würden; dies sei derzeit aber noch nicht der Fall. Zweck und Mehrwert, die der Einsatz von PA mit sich bringen würden, seien nachvollziehbar, aber das Berufsbild hinsichtlich der Aufgaben und Finanzierung noch ungeklärt. Man müsse zunächst abwarten, wie sich dies weiterentwickle und ob das Berufsbild von der Praxis mitgetragen werde. Dass nicht alle ausgebildeten PAs bereits in Arbeit vermittelt seien, zeuge davon, dass es derzeit keinen Mangel in diesem Bereich gebe. Dauerhaft sehe er PAs durchaus als Leistungsträger, allerdings nur im Zusammenspiel mit Ärzten. Eine alleinige Tätigkeit sei nicht möglich.

Er sehe den Landkreis nicht in der Verpflichtung und in der Lage, mit Stipendien den Fachkräftemangel im ärztlichen Bereich zu beheben.

Man müsse die Entwicklung der nächsten Monate abwarten. Aktuell befinde sich das Berufsbild des PA noch in der Phase der Orientierung und Bewährung. Er halte es daher für richtig, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und zu sehen, wo man in einem Jahr stehe.

Kreisrat Meyer ergänzt, dass es nicht Entscheidung des Landkreises sei, ob PA eingesetzt werden könnten. Das Potential sei mit den ausgebildeten PA vorhanden. Es bleibe abzuwarten, wie der Einsatz und die Abrechnung der Leistungen künftig erfolgen könne. Deswegen sei es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, über eine Förderung zu entscheiden. Es gebe Ärzte, die sich für den Einsatz von PAs aussprechen würden, aber auch solche, die dagegen seien.

Es gebe vergleichbare Berufsbilder, die in der Praxis auch aktuell schon in den Einsatz kommen und abgerechnet werden könnten.

Kreistagsabgeordnete Fangmann gab zu Bedenken, dass die Förderung eine Chance für Frauen biete, da es sich um einen typischen Frauenberuf handele. Eine Evaluation biete die Möglichkeit zu prüfen, ob die Förderung zielgerichtet ankomme. Die SPD halte an ihrem Antrag fest, die Entscheidung nicht aufzuschieben. Dies auch vor dem Hintergrund, dass gerade die Versorgung älterer Patienten immer schwieriger werde.

Kreistagsabgeordneter Koopmann stellte klar, dass die CDU die beantragte Förderung nicht grundsätzlich ablehne, sondern den Zeitpunkt für verfrüht halte. Die Abrechnungsmodalitäten seien seitens der Kassenärztlichen Vereinigung ungeklärt. Die Rückstellung ermögliche in diesem Zeitraum die weitere Klärung. Zudem stelle sich auch die Frage, ob Einzelpersonen oder Praxen gefördert werden sollten. Kreistagsabgeordneter Braun ergänzte, dass eine Förderung für medizinische Fachangestellte, die das Studium zur PA machen würden, bei denen dann aber ungeklärt sei, ob sie entsprechend bezahlt werden könnten, falsche Anreize schaffe.

Aus seiner Sicht solle man es wagen, ein Pilotprojekt zu starten, so Kreistagsabgeordneter Bohman. Es werde dauern, bis alle Modalitäten hinsichtlich des Studiums und der Abrechnungsmöglichkeiten geklärt seien.

Kreistagsabgeordneter Coners bekräftigte die Auffassung, dass der Antrag der SPD aufrechterhalten werden solle. Er fragte, wie hoch die Arbeitslosenquote bei den PA sei.

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing erklärte, dass PAs im stationären Bereich bereits lange und bewährt eingesetzt würden und diese Leistungen auch abrechenbar seien. Diese



Voraussetzungen seien im ambulanten Bereich nicht gegeben; dort seien noch viele Rechtsunsicherheiten. Verlässliche Zahlen hinsichtlich einer Arbeitslosenquote lägen aber nicht vor.

Kreistagsabgeordneter Coners gab zu Bedenken, dass sich der Antrag der SPD nicht auf den ambulanten Bereich beschränke.

Hierzu entgegnete Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske, dass aus dem Antrag nicht klar hervorgehe, welcher Bereich gefördert werden solle. Er erwecke den Eindruck, dass es um eine Förderung im ambulanten Bereich gehe. Aktuell bestehe bei dieser Berufsgruppe, der PA im ambulanten Bereich, kein Mangel. Er bleibe bei der Auffassung, dass eine Rückstellung für ein Jahr, in dem man die Entwicklungen im Blick behalte, sinnvoll und zielführend sei. Kreistagsabgeordneter Karnbrock stellte klar, dass auch die CDU diese Förderung für sinnvoll erachte, wenn die Rahmenbedingungen abschließend geklärt seien.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Antrag der SPD und stellte diesen zur Abstimmung: **Der Landkreis Cloppenburg beteiligt sich anteilig mit 200 EUR pro Monat, bis zu einer Höchstgrenze von 5.000 EUR pro Person und deren PA-Ausbildung, an den Kosten der Weiterbildung von PA.**

**Außerdem gewährt der Landkreis Cloppenburg den Auszubildenden einen einmaligen Sachkostenzuschuss von bis zu 1.000 EUR für die notwendige Anschaffung von Laptop/Tablet/Fachliteratur und/oder die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, um zu Ausbildungsorten oder Veranstaltungen zu gelangen.**

**Entsprechende Nachweise über den Erwerb der förderfähigen Mittel sind dem Landkreis unaufgefordert vor Erlangung der Zahlung vorzulegen.**

**Im Gegenzug dazu verpflichten sich die Auszubildenden, nach bestandener Prüfung und Erlangen der Berufsbezeichnung PA für mindestens zwei Jahre im Landkreis Cloppenburg als PA zu arbeiten.**

**Die Förderung wird jährlich evaluiert und ggf. angepasst.**

**Eine Kooperation mit lokalen medizinischen Einrichtungen zur praktischen Ausbildung und regionalen Bindung der PAs wird etabliert.**

Der Antrag wurde mit 6 Zustimmungen und 9 Gegenstimmen abgelehnt.

Im Anschluss verlas Vorsitzende Preuth-Stuke den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Sozialausschuss beschloss mit einer Gegenstimme, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, dass das im Antrag der SPD erwähnte Maßnahmenpaket zur „Förderung der Weiterbildung medizinischer Fachangestellter (MFA) zu Physician Assistants“ für ein Jahr zurückgestellt wird, weil zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden kann, wie sich der PA-Beruf im ambulanten Bereich entwickeln wird.**

**Stattdessen wird die Kreisverwaltung damit beauftragt die Entwicklungen im Bereich der Delegationsmodelle ärztlicher Leistungen weiterhin gut zu beobachten und zu gegebener Zeit hierüber im Sozialausschuss zu berichten.**



**9. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses für den Fahrdienst für Menschen mit Behinderung zur sozialen Teilhabe**  
**Vorlage: V-SOZ/25/196**

---

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener erklärte, dass die SPD den Antrag unterstütze. Gerade auf dem Land sei es für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen schwer, mobil zu sein. Sie würde sich allerdings wünschen, dass das Angebot mehr publik gemacht werde.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock sagte, dass die CDU diesen Antrag ebenfalls unterstütze.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, der Zahlung des Zuschusses für den Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen zur sozialen Teilhabe des Deutschen Roten Kreuzes für die Jahre 2026 – 2028 in Höhe von 8.000 Euro jährlich zuzustimmen.**

**10. Anträge des Diakonischen Werkes, der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Sozialwerkes St. Elisabeth sowie des Deutschen Roten Kreuzes auf Zuschüsse zur Schuldnerberatung für die Jahre 2026 - 2028**  
**Vorlage: V-SOZ/25/197**

---

Kreistagsabgeordneter Karnbrock erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Beratendes Mitglied Fisser erklärte sich ebenfalls für befangen und nahm nicht an der Beratung teil.

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Braun fragt, weshalb die Ausgabensteigerung bei der Diakonie so viel höher sei als bei den anderen Anbietern DRK, CSW und AWO. Dort betrage sie 10 – 20 %, bei der Diakonie rund 40 %. Hierzu erklärte Kreisverwaltungsoberrätin Krenke, dass die Ausgaben bei der Diakonie stärker gestiegen seien, die Einnahmen aber gleichgeblieben seien.

*Im Nachgang zu der Sitzung ergänzte das Diakonische Werk Oldenburger Münsterland wie folgt:*

*Die Fachkraft in der Schuldnerberatung ist mit 30 Wochenstunden in der Schuldnerberatung Cloppenburg tätig. Es gibt kein weiteres Arbeitsfeld, in dem sie tätig ist. Daneben ist eine Verwaltungskraft mit 30 Wochenstunden ebenfalls dort tätig. Die Mitarbeitenden sind über den TV DN (Tarifvertrag Diakonie Niedersachsen) eingestellt und eingruppiert.*



*Der Wirtschaftsplan für die Jahre 2026 – 2028 wurde durch den Finanzreferenten im Landesverband erstellt und die geplanten Personalkosten durch die dortige Personalabteilung ermittelt.*

*Es wird von gleichbleibenden Einnahmen durch die Inso-Abrechnungen in Höhe von 40.000 EUR ausgegangen. Dies entspricht den dem Sozialamt vorliegenden Abrechnungen für die Jahre 2022 – 2024.*

*Der Wirtschaftsplan für 2027 weist voraussichtliche Eigenmittel in Höhe von 6.141,50 EUR aus. Für das Jahr 2028 wird ein Eigenanteil in Höhe von 12.571,33 EUR erwartet. Die Eigenmittel können nur mit Spenden und Kollekten aufgebracht werden.*

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener sagte, dass die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen sehr wichtig sei. Es werde immer leichter, sich zu verschulden, und dann sei Hilfestellung unbedingt erforderlich. Kreistagsabgeordnete Fangmann ergänzte, dass durch den Rückgang des Ehrenamtes die Arbeit der hauptberuflichen Schuldnerberater immer wichtiger werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske erklärte, dass die CDU den Antrag ebenfalls unterstütze. Dies gelte auch für den Erhöhungsantrag des CSW, der eine wohnortnahe Versorgung am Standort Lönigen ermögliche.

Beratendes Mitglied Fangmann warb als Vertreter des Landes-Caritasverbandes ausdrücklich für die Unterstützung der Schuldnerberatungsstellen. Die Möglichkeit „Buy now, pay later“ mache es sehr leicht, in eine Schuldenfalle zu geraten. Er biete gerne an, dass die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände auf einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses die Schuldnerberatungsstellen vorstelle.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Beschlussvorschlag mit der Erweiterung der Beratungsstelle des CSW am Standort Lönigen.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgendes zu beschließen:**

- a) Die Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg wird in den Haushaltsjahren 2026 bis 2028 durch pauschale Zuschüsse an die vier nachstehenden Wohlfahrtsverbände finanziert.**
- b) Den Schuldnerberatungsstellen werden die Zuschüsse als jährliche Festbeträge entsprechend den vorliegenden Anträgen in folgender Höhe bewilligt:**
  - der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Cloppenburg e.V.: 45.000 EUR,**
  - dem Diakonischen Werk Oldenburg Münsterland: 70.830 EUR,**
  - dem Caritas-Sozialwerk St. Elisabeth:  
65.000 EUR mit Erweiterung in Lönigen**
  - dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Cloppenburg e.V.: 55.000 EUR.**



---

**11. Antrag der GRÜNE-Kreistagsfraktion auf Entbürokratisierung der Lernförderung**  
**Vorlage: V-SOZ/25/198**

---

Kreistagsabgeordneter Coners trug zum Antrag der GRÜNE-Kreistagsfraktion vor. Ziel des Antrages sei es, den Antragsvorgang zur Bildung und Teilhabe zu entbürokratisieren, Hemmschwellen bei den Leistungsberechtigten abzubauen und Verwaltungsaufgaben zu vereinfachen.

Seines Erachtens sei die Aufgabe bereits vollständig von der Verwaltung umgesetzt worden. Die Anträge auf Lernförderung im Rahmen der Bildung und Teilhabe seien vereinfacht worden und die Digitalisierung, soweit dies derzeit möglich ist, umgesetzt worden. Die weitere Digitalisierung werde im Blick behalten.

Kreistagsabgeordneter Bohmann fragte, ob es richtig sei, dass die geänderten Antragsvordrucke zu einem veränderten/verschärften Prüfungsvorgang beim Jobcenter geführt hätten. Dies wurde seitens Kreisverwaltungsoberrätin Krenke verneint. Die Leistungen, die den Antragstellern zuständen, würden bewilligt.

Kreisrat Willen erklärte, dass eine vollständige digitale Antragstellung derzeit noch nicht möglich sei. Erster Kreisrat Meyer schlug vor, den Antrag zurückzunehmen mit der Maßgabe, dass die weitere Digitalisierung seitens der Verwaltung im Auge behalten werde. Dem stimmte Kreistagsabgeordneter Coners zu und erklärte, den Antrag der GRÜNE-Kreistagsfraktion zurückzunehmen. Er bat darum, die weitere Digitalisierung der Anträge im Blick zu behalten und diese, wenn die Möglichkeiten gegeben sind, umzusetzen.

**Der Antrag ist mit der Rücknahme abgeschlossen.**

---

**12. Anregungen und Beschwerden**

---

Vorsitzende Preuth-Stuke fragte, ob es Anregungen oder Beschwerden gebe. Dies war nicht der Fall.

---

**13. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)**

---

Anfragen lagen nicht vor.

---

**14. Mitteilungen**

---

Kreisverwaltungsoberrätin berichtete, dass zum 01.07.2025 neue Richtwerte für angemessene Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XI festgesetzt worden seien. Die Richtwerte sind dem Protokoll beigelegt.



Um 18:40 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Erster Kreisrat

Protokollführerin